

mal das »Silberbesteck im Proletarierhaushalt« genannt hat): Carlo Schmid.

In seinem letzten Text kurz vor seinem Tod für das Magazin Cicero schrieb Glotz: »Ich war ein Fechtmeister und ein Sänger, der die Mythen zu Geschichten verarbeitete, aber kein Condottiere, kein Fähnleinführer einer Herrschaft. Darauf bin ich stolz. Es war lohnender, sich mit Biedenkopf und Geißler, Dahrendorf, Dohnanyi und Ehmeke, mit Martin Walser und Hans Magnus Enzensberger herumschlagen als mit den grünen Trachtenjoppen, den roten Pullovern und den Politikern, die Bergmannskapellen dirigierten (›Der Steiger kommt‹).«

Auch heute noch könnte Peter Glotz dem »Tanker SPD« wichtige Impulse geben: zur Share Economy, zum Ko-Management-Verständnis vieler Arbeitnehmervertreter, zu den Clickworkern von heute

und zur kulturellen Positionierung der SPD in einer digitalen Welt. Er, der Denker und Kommunikator, Brückenbauer und Gestalter, fehlt heute. Und bei all den Weltthemen und Strategiepapieren waren doch auch die kleinen Dinge für den großen Mann kostbar, wie er in seiner Autobiografie beschreibt: »Wie war mein Leben? Glückliche? Das Wort ist zu groß, wohl für die meisten Leben. Vielleicht war der glücklichste Moment in meinem Leben eine Paddeltour auf dem Main bei Burkunstadt. Ich war vierzehn, ein Sommersonntagnachmittag, kein Windhauch. Das Eintauchen des Paddels in das glatte, ruhige, grüne Wasser und der Kontakt, den der Körper durch das leichte Boot zum Fluß hatte, werde ich nie vergessen. Warum habe ich das nie wiederholt? Paddeln wäre erschwinglich gewesen. Unsagbar.«



Siegmund Mosdorf

Parlamentarischer Staatssekretär a.D. im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Er ist Partner der internationalen Unternehmensberatung CNC AG.

siegmund.mosdorf@cnc-communications.com

Klaus Harpprecht

Auf ein Wort: Die leeren Bänke

Wir ächzen noch immer unter den deprimierenden Resultaten der letzten Wahlen in Bremen, und es sind nicht die milden Verluste der SPD und die bescheidenen Gewinne der CDU, die uns bedrücken, sondern das niederschmetternde Resultat, das die großen Parteien und die kleinen dazu als die gemeinsame Niederlage zu registrieren haben: die miserable Wahlbeteiligung, die nur noch knapp die Katastrophengrenze von 50 % überschritt. In allen Parteibüros, an jedem Regierungsschreibtisch, in allen Redaktionsstuben sollten die Alarmglocken läuten, und es wäre wichtig, dass sie sich so rasch nicht zum Schweigen bringen

ließen. Denn der stumme Protest der Bürger, die den Gang zu den Wahlurnen verweigerten – fast die Hälfte der Stimmberechtigten! – zeigt an, dass die deutsche Demokratie ein Vierteljahrhundert nach der Vereinigung von einer wachsenden Unlust bedroht ist. Wir sollten uns die Köpfe zerbrechen bis es schmerzt, um die Gründe zu finden, warum das so ist.

Langweilen sich die Bürger mit der (vermeintlichen) Normalität der Verhältnisse in ihren Dörfern, Städten, Ländern und im Bund, über die die große Mutter der deutschen und der europäischen Verhältnisse mit ruhiger Umsicht wacht? Gibt

es Gründe zur Aufregung, solange sie keine Regung der Nervosität zu erkennen gibt?

Doch im Vorgelände der Europäischen Union, an der ukrainisch-russischen Grenze wird geschossen! Nun ja, das ist weit weg von Bremen. Was geht es uns an? Solange der Autokrat im Kreml Herr seiner Sinne ist, wird er sich hüten, die Vereinigten Staaten und die NATO zu kriegerischen Konflikten herauszufordern, die ihn und sein Regime binnen Stunden auslöschen würden. Und wenn ihn der Wahnsinn überkommen sollte: Das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen in Bremen und Bremerhaven, die er vermutlich nicht einmal am Rande zur Kenntnis genommen hat, würde an seiner Gemütslage nichts ändern. Nein, Bremen – so bedeutend die Hansestadt vor Jahrhunderten gewesen sein mag – ist kein Schauplatz der Weltpolitik, folglich treibt sie die Bürger auch nicht zur Wahlurne. Es ist ihnen in Wahrheit ziemlich egal, wenn weit hinten in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen. Das blutige Chaos in Syrien durchschaut der Bürger ohnedies nicht – aber wer tut das schon? Die Expertenschar in Berlin, die die nahöstlichen Wirrnisse jahrelang studiert hat? Vielleicht... Der Bürger weiß nur dies: dass die Bundeswehr im verminten Gelände jener Region nichts zu suchen hat – wie er auch einst nicht verstand, wie die Deutschen ihre Ordnung und ihr Geld am Hindukusch verteidigen sollten.

Die Leute würden auf Näherliegendes deuten, wenn sie ihre Wahlenthaltung rechtfertigen müssten: zum Beispiel auf die Frage, ob eine minimale Veränderung des Stimmanteils der Sozis oder der Christdemokraten auch nur einen Arbeitslosen von der Straße schaffen oder die Gemüsefrau dazu überreden würde, ihren Kohl fünf Cent billiger zu verkaufen? Kurz: Sie glauben nicht mehr, dass sie mit ihren Stimmen auch nur ein Jota verändern könnten. Also bleiben sie zuhause. Die Fernsehbilder, wenn mal ein paar Minuten aus den Debatten der Bürgerschaft übertragen wer-

den, sind in der Tat kaum geeignet, Bürgerin und Bürger zur Teilnahme an der Wahl zu überreden. Die Abgeordnetenbänke sind zur Hälfte oder zu zwei Dritteln nicht besetzt, auch im Bundestag, es sei denn, eine Feierstunde wird abgehalten, bei der man sich zeigen muss. Die Themen, die Gesetze, die im Bundestag debattiert werden, seien lebenswichtig, dröhnen die Kommentatoren. Ja, aber warum hält es an die zwei Drittel der Abgeordneten nicht für nötig, den Argumenten Für und Wider zu lauschen? Sie hätten anderes zu tun, wollen uns die sogenannten Öffentlichkeitsarbeiter im Reichstag einreden. Vielleicht. Aber wenn die Volksvertreter den Plenarsitzungen fernbleiben, warum soll sich dann das besagte Volk der Mühe unterziehen, sich auf den Weg zur Urne zu machen, immer am Sonntag, wenn Verwandtenbesuch ins Haus steht, wenn sich die Kinder, selten genug, zum Mittagessen einfinden, wenn mit den Kegelbrüdern und -schwestern ein Ausflug ins Grüne geplant ist? Die Gemeinde, das Land, selbst das wiedervereinigte, dicke Gesamtdeutschland funktionieren doch ohnehin – manchmal mehr schlecht, als recht.

Die Schweizer sind gesetzlich verpflichtet, an der Wahl teilzunehmen, und sie müssen ihr Fernbleiben begründen. Die Bürger beteiligen sich an der Entscheidung über jedes Kinkerlitzchen, und für sie ist der Vollzug des demokratischen Rituals so wichtig wie für die Muslime das Freitagsgebet.

Wie können die Deutschen – das Elend ist ja beileibe nicht nur eines der Bremer – der miserablen Wahlmoral aufhelfen? Das beste Heilmittel wäre gewiss, das Interesse der Bürger durch attraktivere Kandidatinnen und Kandidaten anzuregen: geprägte Gesichter, die Zeugnisse eines ungewöhnlichen Lebens sind und nicht einer flotten, problemlosen Karriere. Die nicht ein Talent zur glatten Anpassung anzeigen, sondern Widerstandsfähigkeit, womöglich ein Element des Trotzes. Die Anlass zu der Hoffnung geben, dass sie sich nicht so rasch

(wenn überhaupt) dem Fraktionszwang beugen. Die über eine scharfe politische Witterung verfügen und ihre Unabhängigkeit zu behaupten wissen, obendrein dabei den Charme nicht vergessen. Eines sollte man bei jedem Kandidaten, bei jeder Kandidatin auf den ersten Blick wahrnehmen: dass sie Persönlichkeiten sind.

Aber woher diese Charaktere (die man durchaus als Mitglieder einer Elite erkennen darf, ganz gleich ob Handwerker oder Generaldirektor), woher diese Ausnahmehenschen nehmen und nicht stehlen? Um sie zu finden, müssten die Parteien ihre

Tore weit öffnen und die Macht der Funktionäre radikal beschneiden. Das wäre, wenn er denn gelingen soll, ein langwieriger Prozess. Es ist aber zu befürchten, dass die Gefahr einer Ausblutung unserer Demokratie durch den Mangel an Engagement, durch die Zweifel und vor allem die Gleichgültigkeit so vieler Bürger schneller wächst als die Umprägung der Parteien. Die Wahlpflicht ist keine freundliche Alternative. Doch sie könnte ein Rettungsanker sein, der uns Zeit für die Reform der Parteien und das Wachsen eines Bürgerstaates schenkt.



Klaus Harpprecht

ist Herausgeber dieser Zeitschrift, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei S. Fischer erschien im November 2014: *Schräges Licht. Erinnerungen ans Überleben und Leben*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, dieses Mal für sein Lebenswerk.

Jens Gmeiner

Rechtspopulismus als sozialdemokratische Herausforderung

Das Beispiel Skandinavien

»Kommst du nach Dänemark, sollst du arbeiten«, so lautete der Slogan einer Wahlkampagne der dänischen Sozialdemokraten vor der Wahl am 18. Juni. Schärfere Asylregeln, die Begrenzung des Zuzugs von Angehörigen und mehr Anforderungen an Einwanderer standen im Zentrum der Kampagne. Das ohnehin heiße Klima in der dänischen Einwanderungs- und Asylpolitik ist nach den Attentaten auf ein Kulturzentrum sowie eine Synagoge in Kopenhagen weiter angeheizt worden. Manche politischen Beobachter bewerteten den Wahlkampf in Dänemark als Wettbewerb um die härteste Einwanderungskritik. Genutzt hat dieser Kurs insbesondere der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei, mit 21 % die große Gewinnerin der Folketingswahl.

In Dänemark stand während der letzten Jahre weniger die Sozial- und Wohlfahrtspolitik, als vielmehr die Migrations- und Integrationspolitik im Zentrum, wie die Debatten um Zwangsehen, den Islam und den Karikaturenstreit zeigten. Der dänische Schriftsteller Carsten Jensen befürchtete in einem Gastbeitrag für die FAZ, dass nach den Anschlägen in Kopenhagen das tolerante Dänemark endgültig verstummen werde. Und das liege nicht nur an der Dänischen Volkspartei, einer der stärksten rechtspopulistischen Parteien in Europa, schreibt Jensen, sondern vor allem daran, dass die meisten Parteien im dänischen Parlament ähnliche Vorstellungen in der Integrationspolitik teilten – darunter auch die Sozialdemokraten.